

BHB Treuhand GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bericht

über die örtliche Prüfung

des Jahresabschlusses

2013

der

Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach

BHB TREUHAND GMBH
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT

Gemeinde Dürnröhrsdorf-Dittersbach
Bericht über die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2013

Seite 1

Inhaltsverzeichnis

1. Prüfungsauftrag	3
2. Grundsätzliche Feststellungen	4
2.1 Lage der Gemeinde	4
2.1.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung des Bürgermeisters	4
3. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	5
4. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	8
4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	8
4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	8
4.1.2 Jahresabschluss	8
4.1.3 Rechenschaftsbericht	9
4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses	9
4.2.1 Wesentliche Bewertungsgrundlagen	9
4.2.2 Änderungen in den Bewertungsgrundlagen	10
4.2.3 Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen	10
4.2.4 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	10
5. Prüfungsfeststellungen nach § 104 und § 106 Abs. 1 SächsGemO	11
6. Wiedergabe des Prüfungsvermerks des Abschlussprüfers	12
7. Unterzeichnung des Prüfungsberichts	13
8. Anlagen	14

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit (TEuro, % usw.) auftreten.

BHB TREUHAND GMBH
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT

Gemeinde Dürnrörsdorf-Dittersbach
Bericht über die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2013

Seite 2

Anlagenverzeichnis

- Anlage 1 Vermögensrechnung zum 31. Dezember 2013
- Anlage 2 Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2013
- Anlage 3 Finanzrechnung für das Haushaltsjahr 2013
- Anlage 4 Prüfungsvermerk des Abschlussprüfers
- Anlage 5 Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2017

BHB TREUHAND GMBH
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT

Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach
Bericht über die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2013

Seite 3

1. Prüfungsauftrag

Aufgrund unserer Wahl zum Abschlussprüfer erteilte uns der Bürgermeister der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach den Auftrag, den Jahresabschluss und den Rechenschaftsbericht der

Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach

– nachfolgend „Kommune“ oder „Gemeinde“ genannt –

für das Haushaltsjahr 2013 unter Einbeziehung der Buchführung und des Inventars als Grundlage für den Jahresabschluss gemäß § 104 und § 106 Abs. 1 SächsGemO zu prüfen und über das Prüfungsergebnis Bericht zu erstatten. Die Durchführung der Prüfung richtet sich nach den Vorschriften der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO), der Sächsischen Kommunalen Haushaltsverordnung (SächsKomHVO), der Sächsischen Kommunalprüfungsverordnung (SächsKomPrüfVO) sowie nach weiteren landesrechtlichen Vorschriften.

Die Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach macht für das Haushaltsjahr 2013 von der Erleichterungsvorschrift des § 88 Abs. 5 SächsGemO i.d.F. vom 9. März 2018 Gebrauch und verzichtet auf die Beifügung des Anhangs einschließlich Anlagen und Rechenschaftsberichts zum Jahresabschluss.

Wir haben den Auftrag bestätigt, nachdem keine Hinderungsgründe gemäß § 103 Abs. 5 SächsGemO, § 319 HGB, §§ 49 und 53 WPO sowie §§ 20 ff. der Berufssatzung der Wirtschaftsprüfer/vereidigte Buchprüfer vorgelegen haben.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Prüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Über Art und Umfang sowie über das Ergebnis unserer Prüfung erstatten wir diesen Bericht, dem der von uns geprüfte Jahresabschluss (Anlage 1 bis 3) beigefügt sind.

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die als Anlage 5 beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2017 maßgebend. Die Höhe unserer Haftung bestimmt sich nach § 323 Abs. 2 HGB. Im Verhältnis zu Dritten sind Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen maßgebend.

Der Prüfungsbericht wurde unter Anwendung des IDW Prüfungsstandards "Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen" (IDW PS 450) erstellt. Des Weiteren wurde der IDW Prüfungsstandard "Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichts von Gebietskörperschaften" (IDW PS 730) sowie § 8 SächsKomPrüfVO beachtet.

Die Prüfungsdurchführung und die Prüfungsergebnisse im Einzelnen sind nachfolgend dargestellt.

2. Grundsätzliche Feststellungen

2.1 Lage der Gemeinde

2.1.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung des Bürgermeisters

Da unter Verweis auf § 88 Abs. 5 SächsGemO i.d.F. vom 9. März 2018 durch die Gemeinde kein offizieller Rechenschaftsbericht aufgestellt wurde, entfällt unsere Berichtspflicht zur Lagebeurteilung der Gemeinde durch den Bürgermeister.

3. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus der Vermögensrechnung, Ergebnisrechnung und Finanzrechnung – unter Einbeziehung der Buchführung der Gemeinde für das Haushaltsjahr 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss nach den gemeinderechtlichen Vorschriften des Freistaates Sachsen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen sowie die uns erteilten Aufklärungen und Nachweise liegen in der Verantwortung des Bürgermeisters der Gemeinde. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

Die Prüfung des Jahresabschlusses erstreckt sich darauf, ob die für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind. Zur Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften gehört vor allem, dass

- die Buchführung nachvollziehbar, unveränderlich, vollständig, richtig, zeitgerecht und geordnet vorgenommen wird,
- der Jahresabschluss klar, übersichtlich und vollständig in der vorgeschriebenen Form mit den vorgeschriebenen Angaben aufgestellt ist und
- der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermittelt.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben dieser Prüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den Jahresabschluss ergeben.

Die Beurteilung der Angemessenheit des Versicherungsschutzes der Gemeinde, insbesondere ob alle Wagnisse bedacht und ausreichend versichert sind, war nicht Gegenstand des uns erteilten Auftrages zur Prüfung des Jahresabschlusses.

Feststellungen unter anderen Gesichtspunkten - insbesondere im Hinblick auf die Beachtung sonstiger rechtlicher Vorschriften sowie auf etwaige Unredlichkeiten im Geld-, Waren- oder sonstigen Geschäftsverkehr - war nicht Gegenstand der Prüfung.

Wir haben die Prüfung mit Unterbrechungen im Januar bis Februar 2019 in den Räumlichkeiten der Gemeindeverwaltung Dürrröhrsdorf-Dittersbach durchgeführt. Die abschließende Bearbeitung und die Berichtserstellung erfolgten im März 2019 in unseren Geschäftsräumen in Dresden. Als Prüfungsunterlagen dienten uns die Bücher, Belege und sonstige Aufzeichnungen der Gemeinde.

Zum Zeitpunkt der Prüfung des Jahresabschlusses vor Ort waren die körperlichen Bestandsaufnahmen (Inventuren) bereits durchgeführt und abgeschlossen. Eine Teilnahme durch uns an den Inventuren war deshalb nicht möglich. Wir haben uns jedoch durch alternative Prüfungshandlungen Prüfungsnachweise über das Vorhandensein und die Vollständigkeit der Vermögensgegenstände verschafft und uns auf eine Überprüfung der Inventurunterlagen beschränkt. Es ergaben sich keinerlei Hinweise, die die Ordnungsmäßigkeit der Inventuren in Frage stellen könnten.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war die von uns geprüfte Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2013 sowie der von der Gemeinde aufgestellte Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2013.

BHB TREUHAND GMBH

WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT

Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach
Bericht über die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2013

Seite 6

Die erbetenen Auskünfte sind uns vom Bürgermeister und den uns benannten Mitarbeitern erteilt worden. Als Auskunftspersonen standen uns im Wesentlichen zur Verfügung:

- Herr Weber (Sachgebietsleiter Finanzen),
- Frau Nake (Kassenverwalterin).

Wir haben unsere Prüfung nach § 104 SächsGemO i.V.m. § 317 HGB und unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Gegenstand unseres Auftrages waren nicht die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände, wie z.B. Unterschlagungen oder sonstige Untreuehandlungen und außerhalb der Rechnungslegung begangener Ordnungswidrigkeiten.

Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit der Gemeinde im Rahmen der kommunalen Aufgabenerfüllung und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gemeinde sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung haben wir die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, der wesentlichen Einschätzungen des Bürgermeisters sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses.

Der Prüfung lag eine Planung der Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung unserer vorläufigen Lageeinschätzung der Gemeinde und eine Einschätzung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems (IKS) zugrunde. Die Einschätzung basierte insbesondere auf den Erkenntnissen über die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Gesamtwirtschaftliche, politische und weitere Umfeldrisiken sowie die daraus resultierenden Risiken für die Gemeinde sind aus dem Jahresabschluss und aus Gesprächen mit dem Bürgermeister und uns benannten Auskunftspersonen bekannt.

Unter Berücksichtigung der Prüfungsschwerpunkte aus der Prüfung der Eröffnungsbilanz und den bei der Prüfung festgestellten Risikobereichen ergaben sich folgende Prüfungsschwerpunkte:

- Zugänge zum Anlagevermögen,
- Forderungsbewertung,
- Korrekturen der überörtlichen Prüfungsbehörde zur Eröffnungsbilanz sowie
- weitere Einzelsachverhalte mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage.

Ausgehend von der Beurteilung des IKS haben wir bei der Festlegung der weiteren Prüfungshandlungen die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Wirtschaftlichkeit beachtet. Sowohl die analytischen Prüfungshandlungen als auch die Einzelfallprüfungen wurden daher nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Rechnungswesens in ausgewählten Stichproben durchgeführt. Die Stichproben wurden so ausgewählt, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses Rechnung trugen und es ermöglichten, die Einhaltung der gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften ausreichend zu prüfen.

Saldenbestätigungen als Bestandsnachweise für öffentlich-rechtliche sowie privatrechtliche Forderungen und Verbindlichkeiten wurden nicht eingeholt. Wir haben uns jedoch durch alternative Prüfungshandlungen vom Bestehen und der vollständigen Erfassung der Forderungen und Verbindlichkeiten überzeugt.

Die Guthaben und Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten wurden durch Saldenbestätigungen und Kontoauszüge belegt.

BHB TREUHAND GMBH
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT

Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach
Bericht über die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2013

Seite 7

Der Bürgermeister hat uns in der berufsüblichen Vollständigkeitserklärung schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und im Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2013 alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen sowie sonstige die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde beeinflussende Sachverhalte berücksichtigt sind, alle erforderlichen Angaben gemacht und die erteilten Auskünfte und Nachweise vollständig und richtig sind.

4. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Wir stellen nach § 11 SächsKomPrüfVO fest, dass der Jahresabschluss – bestehend aus Vermögensrechnung, Ertragsrechnung und Finanzrechnung vollständig ist und den Formvorschriften entspricht. In Bezug auf die Vollständigkeit verweisen wir auf unsere Ausführungen unter Punkt 1. Prüfungsauftrag und die dort erläuterte Inanspruchnahme der Aufstellungserleichterungen des § 88 Abs. 5 SächsGemO i.d.F. vom 9. März 2018.

Die Kassen- und Rechnungsgeschäfte sind vorschriftsmäßig erledigt worden. Insbesondere wird festgestellt, dass

- die Bücher ordnungsgemäß angelegt, geführt und abgeschlossen sind,
- die Anlagen-, Forderungs- und Verbindlichkeitenübersicht nach § 54 SächsKomHVO ordnungsgemäß geführt worden sind,
- für die Kassengeschäfte die vorgeschriebenen Kassenanordnungen und die übrigen Belege vorliegen und diese danach ordnungsgemäß ausgeführt worden sind und
- die einzelnen Erträge und Aufwendungen sowie die einzelnen Einzahlungen und Auszahlungen in der richtigen zeitlichen und sachlichen Ordnung gebucht sind.

Bei unserer Prüfung haben wir keine Sachverhalte festgestellt, dass die von der Gemeinde getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen nicht geeignet sind, die Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten und IT-Systeme zu gewährleisten.

Die Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach verwendet für das Haushalts- und Rechnungswesen auf doppischer Basis die Software IFRSachsen.Ki-Sa. Gemäß § 20 Abs. 1 SächsKomPrüfVO stellen wir fest, dass eine Zulassung nach § 87 Abs. 2 SächsGemO vorliegt.

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ist nach unseren Feststellungen grundsätzlich dazu geeignet, die vollständige und richtige Erfassung, Verarbeitung, Dokumentation und Sicherung des Buchungssstoffes zu gewährleisten.

Die Bücher, Schriften, Belege und sonstigen Nachweise sind nach kaufmännischen Grundsätzen sorgfältig und gewissenhaft geführt, die Belege ordnungsgemäß nachgewiesen, ausreichend erläutert und übersichtlich aufbewahrt. Die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung ist gegeben. Die aus den Unterlagen entnommenen Informationen führen zu einer ordnungsmäßigen Abbildung in Buchführung und Jahresabschluss.

4.1.2 Jahresabschluss

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des § 88 SächsGemO i.V.m. §§ 47 ff. SächsKomHVO erstellt. Er entspricht den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und aller gemeinderechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen. Die Vermögensrechnung, Ergebnisrechnung und Finanzrechnung wurden ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Dabei wurden die in der SächsKomHVO normierten Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften eingehalten. Die Vermögensrechnung ist nach § 51 SächsKomHVO in Kontoform, die Ergebnisrechnung nach § 48 SächsKomHVO in Staffelform und die Finanzrechnung nach § 49 SächsKomHVO in Staffelform aufgestellt und ausreichend tief gegliedert. Die Aufstellung eines offiziellen Anhangs einschließlich Anlagen unterblieb mit Verweis auf § 88 Abs. 5 SächsGemO.

4.1.3 Rechenschaftsbericht

Da unter Verweis auf § 88 Abs. 5 SächsGemO i.d.F. vom 9. März 2018 durch die Gemeinde kein offizieller Rechenschaftsbericht aufgestellt wurde, entfällt unsere Berichtspflicht zur Lagebeurteilung der Gemeinde durch den Bürgermeister.

4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

4.2.1 Wesentliche Bewertungsgrundlagen

Die Besonderheiten der Bilanzierung und Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden sowie der Kapitalposition sind in einem für internen Zwecke aufgestellten Arbeitspapier dargestellt. Folgende Sachverhalte möchten wir hervorheben:

Für die Kosten des Breitbandausbaus hat sich die Kommune entgegen der geläufigen Meinung nicht für eine Bildung eines aktiven Sonderpostens entschieden. Die Aufwendungen und Fördermittel wurden im Ergebnishaushalt veranschlagt und gebucht, da eine Wirtschaftlichkeitslücke der Telekom geschlossen wurde, in dem auch laufenden Kosten für Strom, Personal usw. enthalten waren. Es wurde nicht direkt ein Vermögensgegenstand gefördert und deshalb wurde bei der Gemeinde auch kein aktiver Sonderposten gebildet. Dieses Vorgehen wurde durch die Gemeinde mit der Kommunalaufsicht abgestimmt und akzeptiert.

Korrekturen zur Eröffnungsbilanz

Entsprechend den Ausführungen erfolgten erste Korrekturen zur Eröffnungsbilanz gemäß § 62 Abs. 1 SächsKomHVO und wurden direkt mit dem Basiskapital verrechnet. Gemäß den Ausführungen des Mandanten wurde bei der Erstellung der Jahresrechnung 2013 festgestellt, dass abweichend von der Vorgehensweise bei der Eröffnungsbilanz die Beteiligung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Mittlere Wesenitz anhand eines anderen Schlüssels bewertet werden muss. Dazu existiert ein für seine Mitglieder (Stadt Stolpen/Gemeinde Dürrröhrsdorf) bindender Beschluss der Verbandsversammlung, welcher rückwirkend erlassen wurde. Somit war eine Wertminderung von über 250 TEUR an der Beteiligung zu verbuchen.

Bei der überörtlichen Prüfung der Eröffnungsbilanz wurden einige wenige noch zu korrigierende Mängel festgestellt. Da der Abschlussbericht aber noch nicht bis zur Fertigstellung des Jahresabschlusses 2013 vorlag, erfolgte keine Einarbeitung im Jahresabschluss 2013.

Feststellungen der örtlichen Prüfung

Seitens des Mandanten konnten Feststellungen im Rahmen der örtlichen Prüfung nicht korrigiert werden, da im Zuge der Erstellung der Jahresrechnung 2013 durch unseren Mandanten an seinen HKR-Anbieter die Mitteilung gegeben wurde, dass er das Haushaltsjahr 2013 abschließen kann, damit die für die örtliche Prüfung notwendigen Unterlagen abschließend erstellt werden konnten. Dabei wurde auch die Anlagenbuchhaltung 2013 endgültig im IFR.Sachsen geschlossen. Der Meldefehler und Kommunikationsfehler führt dazu, dass noch durchzuführende Korrekturen programmtechnisch und somit auch haushaltrechtlich erst im Haushaltsjahr 2014 stattfinden können. Die Wesentlichkeitsgrenze in Höhe von 219.000,00 Euro wurde jedoch nicht überschritten, so dass es hier zu keiner Einschränkung des Prüfungsvermerkes kommt.

Wir möchten jedoch auf folgende relevante Sachverhalte hinweisen, wo keine Korrektur erfolgen konnte:

Seitens der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach erfolgte keine Abgrenzung der Vorauszahlungen auf Betriebskosten von Mietern und auch keine Abgrenzung der Betriebskosten der Kommune gemäß FAQ 5.30 „Buchung von Vorauszahlungen auf Betriebskosten (Kommune als Vermieterin)“, sondern gleich eine Einstellung von Forderungen und Verbindlichkeiten, obwohl die Betriebskostenabrechnung erst im Folgejahr erstellt worden ist.

Unter der Position öffentlich-rechtliche Forderungen wird eine falsche Einzelwertberichtigung als auch Pauschalwertberichtigung ausgewiesen, da diese nicht richtig verbucht worden ist (Höhe 17 TEuro).

Unter den Anlagen im Bau erfolgte eine Aktivierung eines Hochwasserschutzkonzeptes. Gemäß FAQ 2.19 stellt so ein Konzept keinen aktivierungsfähigen Vermögensgegenstand dar. Die Kosten sind als laufender Aufwand zu buchen (Höhe 49 TEuro).

4.2.2 Änderungen in den Bewertungsgrundlagen

Änderungen in den Bewertungsgrundlagen einschließlich der Ausübung von Ansatzwahlrechten und die Ausnutzung von Ermessensspielräumen mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage haben wir nicht festgestellt.

4.2.3 Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

Wir haben bei unserer Prüfung keine sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen festgestellt, die sich auf Ansatz und/oder Bewertung von Vermögensgegenständen auswirken und von der üblichen Gestaltung abweichen, die nach unserer Einschätzung den Erwartungen der Abschlussadressaten entspricht und bei der sich die Abweichung von der üblichen Gestaltung auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses wesentlich auswirkt.

4.2.4 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Da kein offizieller Anhang erstellt wurde, welcher jedem Berichtsleser zugänglich ist, unterbleiben Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

5. Prüfungsfeststellungen nach § 104 und § 106 Abs. 1 SächsGemO

Die Prüfung des Jahresabschlusses nach § 104 Absatz 1 SächsGemO erstreckt sich darauf, ob:

- bei den Erträgen, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie bei der Vermögensverwaltung vorschriftsmäßig verfahren worden ist,
- die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt sind,
- der Haushaltsplan eingehalten worden ist und
- das Vermögen, die Kapitalposition, die Sonderposten, die Rechnungsabgrenzungsposten und die Schulden richtig nachgewiesen worden sind.

Des Weiteren haben wir die folgenden Prüfungshandlungen nach § 106 Absatz 1 SächsGemO vorgenommen:

- die laufende Prüfung der Kassenvorgänge der Gemeinde zur Vorbereitung der Prüfung des Jahresabschlusses,
- die Kassenüberwachung, insbesondere die Vornahme der Kassenprüfungen bei der Gemeinde und
- die Prüfung des Nachweises der Vorräte und Vermögensgegenstände der Gemeinde.

Die Prüfung nach § 106 Abs. 1 Nr. 1 SächsGemO erfolgte innerhalb der Prüfung nach § 104 SächsGemO.

Die getroffenen wesentlichen Prüfungsfeststellungen werden nachfolgend wiedergegeben. Weitere Feststellungen wurden bereits während der Prüfung bereinigt oder in der Schlussbesprechung abschließend erörtert.

Einhaltung des Grundsatzes der Vorherigkeit

Nach § 76 Abs. 2 SächsGemO ist die Haushaltssatzung der Rechtsaufsichtsbehörde spätestens einen Monat vor Beginn des betreffenden Haushaltsjahres vorzulegen. Die Vorlage erfolgte erst am 10. Juni 2013. Folglich konnte der Grundsatz der Vorherigkeit nicht eingehalten werden.

Jahresabschluss und Jahresabschlussfeststellung

Die Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2013 erfolgte nicht fristgemäß innerhalb von sechs Monaten nach Ende des Haushaltsjahres.

Beteiligungsbericht

Für das Haushaltsjahr 2013 wurde kein Beteiligungsbericht erstellt. Gemäß § 99 SächsGemO ist dem Gemeinderat bis zum 31. Dezember eines jeden Jahres ein Bericht über die Eigenbetriebe und die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts vorzulegen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. Berichtsgegenstand ist das Vorjahr.

6. Wiedergabe des Prüfungsvermerks des Abschlussprüfers

Prüfungsvermerk des Abschlussprüfers

„Wir haben den vorliegenden Jahresabschluss - bestehend aus der Vermögensrechnung, Ergebnisrechnung und Finanzrechnung - der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach für das Haushaltsjahr 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung dieser Unterlagen nach den gemeinderechtlichen Vorschriften des Freistaates Sachsen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen, unter Inanspruchnahme der Aufstellungserleichterungen des § 88 Abs. 5 SächsGemO, liegen in der Verantwortung des Bürgermeisters der Gemeinde. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 104 SächsGemO und entsprechend § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gemeinde sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Bürgermeisters der Gemeinde sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung, aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse, entspricht der Jahresabschluss – unter Berücksichtigung der Inanspruchnahme der Aufstellungserleichterungen des § 88 Abs. 5 SächsGemO – den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen.“

Dresden, den 11. März 2019

BHB Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Berthold Hußendörfer
Wirtschaftsprüfer

7. Unterzeichnung des Prüfungsberichts

Den vorstehenden Bericht einschließlich der nachfolgenden Anlagen 1 - 4 erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (Prüfungsstandards 450 und 730 des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.).

Eine Verwendung des in Tz. 6 wiedergegebenen Prüfungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichtes bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Wiedergabe des Jahresabschlusses in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf es unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Prüfungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Der von uns mit Datum vom 11. März 2019 erteilte uneingeschränkte Prüfungsvermerk ist in Tz. 6 wiedergegeben. Der unterzeichnete Prüfungsvermerk befindet sich im Anschluss an die Finanzrechnung als Anlage 4.

Dresden, den 11. März 2019

BHB Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Berthold Hußendörfer
Wirtschaftsprüfer

8. Anlagen

Haushaltsjahr: 2013

Aktiva		Haushaltsjahr 00 - 12 / 13 EUR	Vorjahr 00 - 12 / 12 EUR
1. Anlagevermögen		29.812.728,92	30.600.616,04
a) Immaterielle Vermögensgegenstände		9.587,84	16.676,16
b) Sonderposten für geleistete Investitionszuwendungen		0,00	0,00
c) Sachanlagevermögen		24.492.604,93	24.989.505,25
aa) Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an solchen		882.632,87	895.455,96
bb) Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an solchen		8.166.745,40	8.477.166,20
cc) Infrastrukturvermögen		14.023.883,79	14.003.741,75
dd) Bauten auf fremden Grund und Boden		52.378,53	54.443,68
ee) Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler		3.328,18	3.401,58
ff) Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge		835.885,05	927.402,50
gg) Betriebs- und Geschäftsausstattungen, Tiere		96.143,77	96.084,38
hh) Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		431.607,34	531.809,20
d) Finanzanlagevermögen		5.310.536,15	5.594.434,63
aa) Anteile an verbundenen Unternehmen		0,00	0,00
bb) Beteiligungen		5.310.536,15	5.594.434,63
cc) Sondervermögen		0,00	0,00
dd) Ausleihungen		0,00	0,00
ee) Wertpapiere		0,00	0,00
2. Umlaufvermögen		1.515.110,68	1.425.822,21
a) Vorräte		55.748,41	53.535,69
b) Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen		458.894,78	648.170,34
c) Privatrechtliche Forderungen, Wertpapiere des Umlaufvermögens		145.278,20	110.292,71
d) Liquide Mittel		855.189,29	613.823,47
3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten		1.798,85	0,00
a) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten		1.798,85	0,00
4. Nicht durch Kapitalposition gedeckter Fehlbetrag		0,00	0,00
a) Nicht durch Kapitalposition gedeckter Fehlbetrag		0,00	0,00
Summe Aktiva		31.329.638,45	32.026.438,25

Haushaltsjahr: 2013

Passiva		Haushaltsjahr 00 - 12 / 13 EUR	Vorjahr 00 - 12 / 12 EUR
1. Kapitalposition		17.051.979,91	17.387.082,70
a) Basiskapital		17.001.768,54	17.387.082,70
b) Rücklagen		50.211,37	0,00
aa) Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses		50.211,37	0,00
bb) Rücklagen aus Überschüssen des Sonderergebnisses		0,00	0,00
cc) Rücklagen aus nicht ertragswirksam aufzulösenden Zuwendungen		0,00	0,00
dd) Zweckgebundene und sonstige Rücklagen		0,00	0,00
c) Ergebnis		0,00	0,00
aa) Vortrag von Fehlbeträgen aus dem Vorjahre		0,00	0,00
bb) Jahresüberschuss oder Jahresfehlbetrag		0,00	0,00
2. Sonderposten		9.920.893,06	9.656.672,57
a) Sonderposten für empfangene Investitionszuwendungen		9.899.188,12	9.656.672,57
b) Sonderposten für Investitionsbeiträge		0,00	0,00
c) Sonderposten für den Gebührenaussgleich		0,00	0,00
d) Sonstige Sonderposten		21.704,94	0,00
3. Rückstellungen		654.194,19	691.529,37
a) Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen		0,00	0,00
b) Rückstellungen für Entgeltzahlung für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen von Altersteilzeit, Urlaubsansprüche, Überstunden und ähnliche Maßnahmen		14.324,15	57.917,44
c) Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge von Deponien		0,00	0,00
d) Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten und sonstige Umweltschutzmaßnahmen		0,00	0,00
e) Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten aus steuerkraftabhängigen Umlagen im Rahmen des Finanzausgleichs		11.327,61	0,00
f) Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten aufgrund vom Steuerschuldverhältnissen		0,00	0,00
g) Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsverfahren sowie aus Bürgschaften, Gewährverträgen und ähnlichen Rechtsgeschäften		380.009,58	380.009,58
h) Rückstellungen für unterlassene Aufwendungen für Instandhaltung im Haushaltsjahr		0,00	0,00
i) Rückstellungen für vertragliche Verpflichtungen zur Gegenleistung gegenüber Dritten, die im laufenden Haushaltsjahr wirtschaftlich begründet wurden und die der Höhe nach noch nicht genau bekannt sind		248.532,85	253.602,35
4. Verbindlichkeiten		3.667.806,77	4.291.153,61
a) Anleihen		0,00	0,00
b) Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen		3.116.279,92	3.318.786,30

Haushaltsjahr: 2013

Passiva		Haushaltsjahr 00 - 12 / 13 EUR	Vorjahr 00 - 12 / 12 EUR
c)	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsgeschäften	0,00	0,00
d)	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	24.739,34	30.008,07
e)	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	1.521,44	0,00
f)	Sonstige Verbindlichkeiten	525.266,07	942.359,24
5.	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	34.764,52	0,00
a)	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	34.764,52	0,00
Summe Passiva		31.329.638,45	32.026.438,25
<hr/>			
Summe Aktiva		31.329.638,45	32.026.438,25
Summe Passiva		31.329.638,45	32.026.438,25
<hr/>			
Saldo		0,00	0,00
<hr/>			

Ergebnisrechnung Planvergleich gemäß § 50 SächsKomHVO-Doppik

Anlage 2
Seite 1 von 3

Haushaltsjahr 2013

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis des Vorjahres	Planansatz ¹ des Haushaltsjahres	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ist/Ansatz (Spalte 4 ./ Spalte 3)
		01 - 12 / 12	V.01-12.ÜA,B/13	V.01-12.ÜA,B/13	01 - 12 / 13	
EUR						
1		1	2	3	4	5
1	Steuern und ähnliche Abgaben	1.825.260,44	1.867.500,00	1.873.162,00	2.124.736,91	251.574,91
	darunter: Grundsteuern A und B	385.791,45	445.500,00	445.500,00	447.875,86	2.375,86
	Gewerbesteuer	573.758,29	521.400,00	527.062,00	711.728,60	184.666,60
	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	747.305,51	783.000,00	783.000,00	844.730,08	61.730,08
	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	104.940,98	103.000,00	103.000,00	106.936,51	3.936,51
2	+ Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse), Umlagen nach Arten und aufgelöste Sonderposten	1.571.742,94	1.745.700,00	1.774.825,63	2.316.463,90	541.638,27
	darunter: allgemeine Schlüsselzuweisungen	905.897,00	1.050.000,00	1.050.000,00	1.119.642,44	69.642,44
	sonstige allgemeine Zuweisungen	2.913,90	2.900,00	2.900,00	2.816,88	-83,12
	allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	aufgelöste Sonderposten	0,00	0,00	10.523,11	292.869,25	282.346,14
3	+ sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	256.048,67	263.550,00	263.550,00	257.856,33	-5.693,67
5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	349.264,21	315.200,00	316.725,83	325.221,04	8.495,21
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	92.652,58	80.650,00	113.563,17	98.859,14	-14.704,03
7	+ Finanzerträge (Zinsen, Erträge aus Beteiligungen und ähnliche Erträge)	143.810,89	130.000,00	135.527,36	166.477,97	30.950,61
8	+/- aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0,00	0,00	911,71	3.101,26	2.189,55
9	+ sonstige ordentliche Erträge	139.117,05	180.181,00	180.181,00	185.889,56	5.708,56
10	= ordentliche Erträge (Nr. 1 bis 9)	4.377.896,78	4.582.781,00	4.658.446,70	5.478.606,11	820.159,41
11	Personalaufwendungen	1.678.419,37	1.651.329,00	1.648.192,11	1.596.895,20	-51.296,91
	darunter: Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Beschäftigte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Zuführungen zu Rückstellungen für Entgeltzahlungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen der Altersteilzeit und ähnlichen Maßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	+ Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	darunter: Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	870.121,84	903.096,00	930.958,59	1.044.650,74	113.692,15
14	+ planmäßige Abschreibungen	107.373,00	0,00	0,00	843.427,54	843.427,54
15	+ Zinsen und ähnliche Aufwendungen	114.876,34	113.000,00	113.283,87	113.390,13	106,26
16	+ Transferaufwendungen wie Abschreibungen auf Investitionsförderungsmaßnahmen	1.551.835,86	1.593.650,00	1.595.255,48	1.567.185,10	-28.070,38
17	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	163.216,84	266.880,00	291.567,24	262.846,03	-28.721,21
18	= ordentliche Aufwendungen (Nr. 11 bis 17)	4.485.843,25	4.527.955,00	4.579.257,29	5.428.394,74	849.137,45
19	= ordentliches Ergebnis (Nr. 10 ./ Nr.18)	-107.946,47	54.826,00	79.189,41	50.211,37	-28.978,04
20	außerordentliche Erträge	3.644,92	0,00	0,00	66.855,73	66.855,73
21	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	2.152,38	189.270,98	187.118,60
22	= Sonderergebnis (Nr. 20 ./ Nr. 21)	3.644,92	0,00	-2.152,38	-122.415,25	-120.262,87
23	= Gesamtergebnis (Nr. 19 + Nr. 22)	-104.301,55	54.826,00	77.037,03	-72.203,88	-149.240,91
24	geplante Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren nach § 2 Abs. 1 Nr. 20	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Ergebnisrechnung Planvergleich gemäß § 50 SächsKomHVO-Doppik

Haushaltsjahr 2013

Anlage 2
Seite 2 von 3

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis des Vorjahres 01 - 12 / 12	Planansatz ¹ des Haushaltsjahres V,01-12,ÜA,B/13	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres V,01-12,ÜA,B/13	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres 01 - 12 / 13	Vergleich Ist/Ansatz (Spalte 4 ./ Spalte 3)
		EUR				
		1	2	3	4	5
25	davon Betrag, der durch das ordentliche Ergebnis und aus Überschüssen des Sonderergebnisses gedeckt wird	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	= verbleibendes Gesamtergebnis (Nr. 23 ./ Nr. 25)	-104.301,55	54.826,00	77.037,03	-72.203,88	-149.240,91
27	nicht gedeckter Fehlbetrag aus Vorjahren, der auf Folgejahre vorzutragen ist	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

nachrichtlich: Verwendung des Jahresergebnisses

		Betrag in EUR
1	Überschuss des ordentlichen Ergebnisses, der in die Rücklage des ordentlichen Ergebnisses eingestellt wird	50.211,37
2	Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses, der mit der Rücklage des ordentlichen Ergebnisses verrechnet wird	0,00
3	Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses, der mit der Rücklage des Sonderergebnisses verrechnet wird	0,00
4	Fehlbetrag des Sonderergebnisses, der mit der Rücklage des Sonderergebnisses verrechnet wird	0,00
5	Überschuss des Sonderergebnisses, der in die Rücklage des Sonderergebnisses eingestellt wird	0,00
6	Fehlbetrag, der nach § 25 Abs. 3 Satz 2 zu veranschlagen und auf das ordentliche Ergebnis der Folgejahre vorzutragen ist.	0,00
7	Verrechnung von Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren mit dem Basiskapital	0,00
8	Verrechnungen von Fehlbeträgen des Sonderergebnisses mit dem Basiskapital	-122.415,25

1 ursprünglicher Planansatz, gegebenenfalls in der Fassung eines Nachtragshaushaltes

Finanzrechnung Planvergleich gem. § 50 SächskomHVO-Doppik
Haushaltsjahr 2013

haushaltsjahr 2013							Seite 1 von 2	
Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis des Vorjahres 01 - 12 / 12	Planansatz ¹ des Haushaltsjahres V,01-12,ÜA,B/13	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres V,01-12,ÜA,B/13	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres 01 - 12 / 13	Vergleich Ist/Ansatz (Spalte 4 ./. Spalte 3)		
EUR								
1		1	2	3	4	5		
1	Steuern und ähnliche Abgaben darunter: Grundsteuern A und B Gewerbesteuer Gemeindeanteil an der Einkommensteuer Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	1.825.260,44 385.791,45 573.758,29 747.305,51 104.940,98	1.867.500,00 445.500,00 521.400,00 783.000,00 103.000,00		2.077.990,19 432.306,46 680.061,16 845.287,21 106.997,84			
2	+ Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse) und Umlagen für laufende Verwaltungstätigkeit darunter: allgemeine Schlüsselzuweisungen sonstige allgemeine Zuweisungen allgemeine Umlagen	1.571.742,94 905.897,00 2.913,90 0,00	1.745.700,00 1.050.000,00 2.900,00 0,00		2.091.316,83 1.119.642,44 24.521,82 0,00			
3	+ sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00		0,00			
4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte, ausgenommen Investitionsbeiträge	256.048,67	263.550,00		258.174,92			
5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	349.264,21	315.200,00		328.245,30			
6	+ Kostenersatzungen und Kostenumlagen	92.652,58	125.650,00		126.358,54			
7	+ Zinsen und ähnliche Einzahlungen	143.810,89	130.000,00		166.611,87			
8	+ sonstige haushaltswirksame Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	139.117,05	136.000,00		138.562,43			
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nr. 1 bis 8)	4.377.896,78	4.583.600,00		5.187.260,08			
10	Personalauszahlungen	1.678.419,37	1.651.329,00		1.635.320,86			
11	+ Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00		0,00			
12	+ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	870.121,84	935.096,00		1.076.958,23			
13	+ Zinsen und ähnliche Auszahlungen	114.876,34	113.000,00		115.136,79			
14	+ Transferauszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.551.835,86	1.593.650,00		1.591.082,33			
15	+ sonstige haushaltswirksame Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	163.216,84	266.880,00		232.564,75			
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nr. 10 bis 15)	4.378.470,25	4.559.955,00		4.651.062,96			
17	= Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit als Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf (Nr. 9 ./. Nr. 16)	-573,47	23.645,00	35.030,21	536.197,12	501.166,91		
18	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen darunter: investive Schlüsselzuweisungen	334.866,60 0,00	1.017.415,00 0,00	1.086.518,18 0,00	334.263,55 18.882,53	-752.254,63 18.882,53		
19	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit	0,00	73.000,00	73.000,00	0,00	-73.000,00		
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagevermögen	11.916,42	68.000,00	68.000,00	48.957,36	-19.042,64		
21	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagevermögen und Finanzvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		
22	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 18 bis 22)	346.783,02	1.158.415,00	1.227.518,18	383.220,91	-844.297,27		
24	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-4.294,26	24.000,00	24.969,00	649,00	-24.320,00		
25	+ Auszahlungen für Baumaßnahmen	414.957,48	1.000.438,00	1.071.640,50	453.087,89	-618.552,61		
26	+ Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Sachanlagevermögen	0,00	89.900,00	98.103,74	21.674,99	-76.428,75		

Finanzrechnung Planvergleich gem. § 50 SächsKomHVO-Doppik
Haushaltsjahr 2013

Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis des Vorjahres 01 - 12 / 12	Planansatz ¹ des Haushaltsjahres V,01-12,ÜA,B/13	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres V,01-12,ÜA,B/13	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres 01 - 12 / 13	Vergleich Ist/Ansatz (Spalte 4 ./. Spalte 3)
		EUR				
		1	2	3	4	5
27	+ Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagevermögen und von Wertpapieren des Umlaufvermögens	0,00	0,00	5.527,36	0,00	-5.527,36
28	+ Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen					
29	+ Auszahlungen für sonstige Investitionen	0,00	1.500,00	1.500,00	0,00	-1.500,00
30	= Auszahlungen für Investitionstätigkeit (Nr. 24 bis 29)	410.663,22	1.115.838,00	1.201.740,60	475.411,88	-726.328,72
31	= Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit (Nr. 23 ./. Nr. 30)	-63.880,20	42.577,00	25.777,58	-92.190,97	-117.968,55
32	= Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Nr. 17 + Nr. 31)	-64.453,67	66.222,00	60.807,79	444.006,15	383.198,36
33	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsgeschäften für Investitionen	172.307,88	0,00	0,00	440.000,00	440.000,00
34	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsgeschäften für Investitionen	0,00	292.000,00	292.000,00	731.518,75	439.518,75
35	= Zahlungsmittelsaldo aus Finanzierungstätigkeit (Nr. 33 ./. Nr. 34)	172.307,88	-292.000,00	-292.000,00	-291.518,75	481,25
36	= Änderung des Finanzmittelbestandes (Nr. 32 + Nr. 35)	107.854,21	-225.778,00	-231.192,21	152.487,40	383.679,61
37	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Geldanlagen, aus Darlehensrückflüssen und aus Liquiditätskrediten	0,00	0,00		89.012,37	
38	Auszahlungen für Geldanlagen, für die Gewährung von Darlehen und für die Tilgung von Liquiditätskrediten	0,00	0,00		0,00	
39	Einzahlungen aus durchlaufenden Geldern	0,00	0,00		13.088,27	
40	Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern	0,00	0,00		13.222,22	
41	= Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen (Nr. 37 + Nr. 39 ./. Nr. 38 + Nr. 40)	0,00	0,00		88.878,42	
42	Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	0,00	613.823,47		613.823,47	
43	= Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (Nr. 36 + Nr. 41 + Nr. 42)	107.854,21	388.045,47	382.631,26	855.189,29	472.558,03

Einzahlungen und Auszahlungen dürfen nicht miteinander verrechnet werden!

¹ ursprünglicher Planansatz, gegebenenfalls in der Fassung eines Nachtragshaushaltes

BHB TREUHAND GMBH
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT

Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach
Bericht über die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2013

Anlage 4

Prüfungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den vorliegenden Jahresabschluss - bestehend aus der Vermögensrechnung, Ergebnisrechnung und Finanzrechnung - der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach für das Haushaltsjahr 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung dieser Unterlagen nach den gemeinderechtlichen Vorschriften des Freistaates Sachsen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen, unter Inanspruchnahme der Aufstellungserleichterungen des § 88 Abs. 5 SächsGemO, liegen in der Verantwortung des Bürgermeisters der Gemeinde. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss abzugeben.

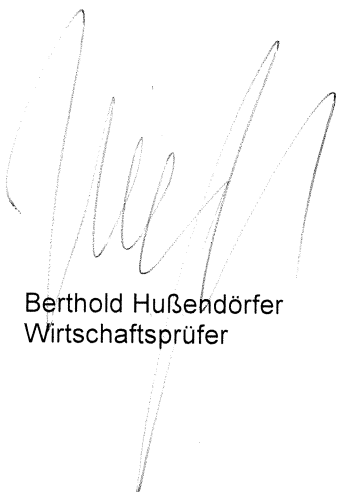
Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 104 SächsGemO und entsprechend § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gemeinde sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Bürgermeisters der Gemeinde sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung, aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse, entspricht der Jahresabschluss – unter Berücksichtigung der Inanspruchnahme der Aufstellungserleichterungen des § 88 Abs. 5 SächsGemO – den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen.

Dresden, den 11. März 2019

BHB Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Berthold Hußendörfer
Wirtschaftsprüfer

Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Prüfungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; wir weisen insbesondere auf § 328 HGB hin.

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständigen Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unbeachtlicher Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.